

Kleine Anfrage der AfD deckt auf: 18 „No-Go-Areas“ in Köln



Von MANFRED W. BLACK | Drei Jahre hat die Landesregierung von NRW gebraucht, um eine Parlamentarische Anfrage der AfD-Fraktion im Düsseldorfer Landtag zu den Hochburgen der Schwerkriminalität zu beantworten.

In dieser Anfrage aus dem Jahre 2017, die der Abgeordnete Sven W. Tritschler aus der AfD-Landtagsfraktion gestellt hatte, wollte die Oppositionsfraktion von der Regierung wissen, wo es in Nordrhein-Westfalen besonders „Gefährliche Orte“ mit großer Konzentration von Schwer-Kriminalität – also die berüchtigten „No-Go-Areas“ – gibt.

Erst auf Druck des NRW-Verfassungsgerichtshofs (VerfGH), den die AfD angerufen hatte, bequeme sich das Innenministerium jetzt schließlich doch, das zu tun, was seine Pflicht ist: Parlamentarische Anfragen aus dem Landtag wahrheitsgemäß zu beantworten.

NRW-Innenministerium straft Kölns OB Reker Lügen

Das Ministerium strafte Aussagen etwa der Oberbürgermeisterin von Köln, Henriette Reker (parteilos), Lügen, die seit Jahren nicht müde wird, immer wieder gebetsmühlenartig zu behaupten, ihre Stadt sei „sicherer“ als je zuvor. Denn das Papier des Innenministeriums sagt klar aus: An der Spitze der (Gewalt-)Kriminalität in NRW liegt unangefochten ausgerechnet die Stadt Köln, die bundesweit sogar einen „sicheren“ Platz vier im Ranking der kriminalitätsreichsten Kommunen einnimmt.

Allein in Köln gibt es sage und schreibe 18 Straßen oder Straßenzüge, die als Hochburgen der Schwerkriminellen gelten – als „Veedel“, in denen selbst die Polizei es oftmals nur noch mit mehreren (Mannschafts-)Wagen wagt, aufzutauchen: Zu groß ist die Gefahr, von großen – zumindest potentiell gewalttätigen – Gruppen selbst dann körperlich angegriffen zu werden, wenn es zunächst zum Beispiel „nur“ darum geht, Falschparker aufzuschreiben.

Ganz zu schweigen von Polizei-Einsätzen, die dazu dienen, etwa Wohnungen zu durchsuchen oder gar per Haftbefehl gesuchte Personen festzunehmen. Selbst Feuerwehr-Einsatzkräfte werden in diesen Distrikten nicht selten attackiert, wenn sie daran gehen, verunglückte oder verletzte Personen abzuholen – oder wenn es gilt, Brände zu löschen.

Nicht zuletzt kriminelle „Großfamilien“ – also mafiaartig organisierte Clan-Schwerkriminelle, die grundsätzlich aus Migranten bestehen – suchen allzu oft mit demonstrativen Gewaltorgien deutlich zu machen, dass sie es gar nicht lieben, wenn Ordnungshüter ihre Wohn- und „Arbeits“-Gebiete betreten, um – oftmals mit ganzen Hundertschaften und schwer bewaffneten Spezialkräften – zu versuchen, Recht und Ordnung durchzusetzen.

Essen ist teils zum „Clanland“ (General-Anzeiger) geworden

Das alles sind freilich keine echten Neuigkeiten. Wenn die umtriebige Henriette Reker beispielsweise schon mal im Jahr 2015 die *Bild*-Zeitung gelesen hätte, wären ihr vermutlich die dort aufgelisteten Kriminalitätsstatistiken für deutsche Großstädte nicht entgangen. Schon damals – noch vor den massenhaften schweren sexuellen Übergriffe durch Migranten in der Kölner Silvesternacht von 2015/16 – war die Kriminalität während eines Jahres erneut um 2,4 Prozent gestiegen. Mit 171.899 Delikten ist die Zahl der Straftaten in Köln höher gewesen als je zuvor. „Besonders groß war die Zunahme der Rauschgiftdelikte (plus 19,2 Prozent)“ (*Bild*). Die

Vergewaltigungen und Fälle schwerer sexueller Nötigung waren bereits 2014 innerhalb von zwölf Monaten um 8,9 Prozent gestiegen. Diese Zahlen sind ein Jahr später dann richtig in die Höhe geschossen.

Und als „besonders gefährliche Orte“ nannte die Boulevard-Zeitung bereits damals die Kölner Stadtteile Chorweiler, Mülheim und Porz. *Bild* formulierte dazu ungewöhnlich zurückhaltend: „Die Domstadt hat einige Problembezirke“. Den schlechtesten Ruf hat danach im Moment Mülheim, als außerordentlich problematisch gilt in dieser Region der Mülheimer Stadtgarten. Die *WAZ* (*Westdeutsche Allgemeine Zeitung* aus Essen) titelte dazu schon 2017 aussagekräftig: „Stadtpark wird zum Dealer-Paradies – Polizei machtlos.“



Ähnlich wie in Teilen von Köln ist es teils in Essen, das der Bonner *General-Anzeiger* 2019 sogar als „Clanland“ bezeichnet hat. „Ganze Stadtteile sollen unter der Kontrolle der Clans stehen, sagen die Polizisten“ (*General-Anzeiger*). Selbst rund um den dortigen Limbecker Platz mit dem bekannten Einkaufszentrum, also mitten in der Innenstadt, müsse man als normaler Bürger oft Vorsicht walten lassen. Die Bonner Tageszeitung schrieb dazu damals bezogen auf die berüchtigten Großfamilien: „Das sind ihre Wohnzimmer.“

„Deutsche“ Clanmitglieder haben mehrere Staatsbürgerschaften – ihre „Familien“ stammen meist aus dem Orient

Man müsse hier, so der *General-Anzeiger*, „schon den Clanmitgliedern den Respekt zollen, den diese meinen, erwarten zu können“. In diesen Vierteln herrsche „ein anderes Recht“. Jedenfalls aus Sicht der Clans. „Das muss man so deutlich sagen“, erklärt Dominik Pelzer von der Bereitschaftspolizei. Mache man das nicht, weil man denke, es handele sich um eine normale deutsche Straße, „muss ich mit Konsequenzen rechnen“,

sagte der Einheitsführer der NRW-Bereitschaftspolizei dem General-Anzeiger zufolge.

Reichlich scheinheilig berichtete die links orientierte Wochenzeitung *Zeit* kürzlich, die meisten Verdächtigen mit Clanhintergrund seien „Deutsche (36 Prozent)“ – gefolgt von Libanesen (31), Türken (15) und Syrern (13). Das ist allerdings nur die halbe Wahrheit.

Die „Deutschen“ in den Großfamilien, die jeweils zwischen 100 und weit über 1000 „Verwandte“ umfassen, besitzen grundsätzlich mehrere Staatsbürgerschaften. Alle „deutschen“ Clan-Mitglieder haben einen Migrant-Hintergrund, es dominieren die Familien aus dem muslimischen Orient. Die Haupt-Einnahmequellen dieser Mafia-Gruppen laut *Zeit*: Drogenhandel, Shishabars, Wettbüros und Autohandel. Zumindest diese Angaben scheinen zu stimmen.